

SVD

Von: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
An: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
Gesendet: Sonntag, 12. September 2010 23:00
Betreff: Fw: Newsletter Fuellmich 12.09.2010
 - Info via SVD -

Herr RA Dr. Fuellmich schreibt in einer mail vom 12.09.10 um 20:56 Uhr:

----- Original Message -----

From: "newsletter www.fuellmich.com" <info@fuellmich.com>

To: <webmaster@s-vd.de>

Sent: Sunday, September 12, 2010 8:56 PM

Subject: Newsletter Fuellmich 12.09.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Newsletter-Themen im Ueberblick:

- OLG Frankfurt vom 01.09.2010 gegen DB mit Urteil ueber mehr als Euro 27.000

- OLG Frankfurt vom 01.09.2010 gegen DB mit Urteil ueber mehr als Euro 63.000: Auch dieses Gericht glaubt dem DB-Zeugen Scheck nicht mehr

- weitere Meldungen:

- immer noch unsere Meinung: Binnennachfrage in Deutschland ankurbeln, in dem mit Steuergeldern gerettete Banken auf 50% aller Verbraucherdarlehen verzichten

- die bad bank der HypoBank/UnicreditBank, HRE bekommt weitere Euro 40 Milliarden an Steuergeldgarantien, Unicredit gehoert jetzt anteilig Gaddafi

- Lebensversicherer schaffen nicht einmal mehr den Garantiezins (geschweige denn Überschussbeteiligungen) und muessen diesen in 2011 senken

- Banken schummelten beim Stresstest

- Schliessen Sie sich dem "Stoppt Stuttgart 21" und dem Anti-Atomprotest an

Man fasst es nicht, aber inzwischen haftet der deutsche Steuerzahler der erst durch die Bankenschutzrechtsprechung des Herrn Nobbe moeglich gewordenen, von der HypoBank gegruendeten Betruegerbank HRE mit rund Euro 140 Milliarden fuer deren uneinbringliche Schrottkredite und deren wertlose "Wert"papiere. Haette man die **HypoVereinbank** wie es nach geltendem Recht nicht nur moeglich, sondern zwingend erforderlich war, schon 1999 zivilrechtlich zu Schadensersatz fuer ihre **betruegerischen Schrottimmobilienfinanzierungen** verurteilt, haette sie schon damals abgewickelt werden muessen. Stattdessen wurden ihre Betrugereien von Herrn Nobbe durchgewunken und damit erst die Gruendung der HRE als bad bank der HypoBank moeglich gemacht, so dass die Hypo sauber gewaschen war fuer die Übernahme durch Unicredit. Bei der HRE durften sich dann inkompetente und betruegerische Ex-Hypo-Mitarbeiter so richtig austoben, und zwar nicht bis der Arzt kam, sondern bis der Steuerzahler kam.

Die HypoBank selbst gehoert inzwischen zur Unicredit-Gruppe. Es verwundert nicht, dass Unicredit kein Problem damit hatte, dass Gaddafi sich dort einkaufte (wahrscheinlich muessen wir froh sein, dass Hitler

und Stalin verstorben sind).

Die ebenfalls mit Steuergeldern kuenstlich am Leben gehaltene Superskandalbank HSH Nordbank (das ist die mit dem Bordell in den New Yorker Geschaeftsraeumen und der hauseigenen Stasi) kommt ebenfalls aus den Schlagzeilen nicht heraus und reisst peanuts-Banker Hilmar Kopper mit ins Verderben.

Im Übrigen glauben wir nach wie vor, dass das dicke Ende noch kommen wird, wenn die Konjunkturpakete ueberall ausgelaufen sind, kein Geld mehr fuer weitere da ist und man - wie Warren Buffet es formuliert - bei Ebbe sieht, wer keine Badehose an hat. Die Schuldenkrise, welche wir solchen Banken wie der HypoBank und der Deutschen Bank zu verdanken haben, ist jedenfalls noch laengst nicht ausgestanden. Die Lebensversicherer werden schon im kommenden Jahr sogar den Garantiezins senken muessen, so dass sich langsam jeder die Frage stellen muss, ob sein Geld nicht unterm Kopfkissen besser aufgehoben ist, jedenfalls aber sicher bessere Arbeit verrichtet, wenn man die Lebensversicherungen kuendigt und das Geld anderweitig (z.B. in Immobilien in guten Lagen investiert).

Auf jeden Fall sollten wir in der Zwischenzeit dem Ausverkauf der Politik an die Atomlobby und die Banken und dem Unfug bei "Stuttgart 21" nicht tatenlos zusehen. Ich bereite fuer den naechsten newsletter eine Unterschriftenaktion vor, mit deren Hilfe wir diejenigen Banken, die direkt oder indirekt mit Steuergeldern am Leben gehalten wurden, zwingen werden, auf 50% aller Verbraucherkredite zu verzichten, damit der Verbraucher wieder verbrauchen kann.

In der Zwischenzeit aber gibt es wenigstens weitere gute Nachrichten aus der Justiz, die langsam aber sicher nicht mehr bereit ist, sich von sie seit Jahren grob beluegenden Banken wie der HypoBank und der Deutschen Bank vorfuehren zu lassen: Mit gleich zwei Entscheidungen vom 01.09.2010 verurteilte das OLG Frankfurt die Deutsche Bank zur Zahlung erheblicher Betraege an ihre Darlehensnehmer.

I. Urteil des OLG Frankfurt am Main, Az. 23 U 164/09, vom 01.09.2010: Zahlung von Euro 63.152,64 an Darlehensnehmer

Der Tenor des Urteils lautet im Wesentlichen:

" Die Beklagte wird verurteilt, an die Klaeger als Gesamtglaeubiger 63.152,64 Euro nebst Zinsen in Hoehe von 5 Prozentpunkten ueber dem Basiszinssatz seit dem 20.7.2007 zu zahlen."

Es geht wieder um eine der insgesamt 237 Wohnungen, die die Deutsche Bank mit Hilfe der FIBEG-Gruppe und des Schaul-Vertriebs, den ueblichen falschen Zusicherungen betreffend die Hoehe der Wohnungsvermittlungsprovision, die Miete und die Rolle des Treuhaenders, und mit Hilfe einer nichtigen Vollmacht durchfinanzierte.

Das Oberlandesgericht brauchte sich auch hier wieder nur mit der Frage zu befassen, ob der Bank rechtzeitig bei Darlehensvertragsschluss eine Vollmachtsausfertigung vorgelegen habe. Auch hier hatten die Deutsche Bank und ihre Rechtsanwaelte wieder vorsaeztlich falsch vorgetragen, dass Darlehensvertraege bei der Deutschen Bank soweit sie mit Bevollmaechtigten geschlossen werden, erst mit Übersendung und Zugang der Vertraege beim Kunden zustande kaemen.

Wir hatten schon mehrfach darauf hingewiesen, dass das vollstaendig absurd ist, weil zu diesem Zeitpunkt die Konten bereits eroeffnet waren und Auszahlungen durchgefuehrt worden waren. Die Deutsche Bank und ihre Anwaelte benutzen diese Behauptung auch immer nur dort, wo sie prozesstaktisch "gebraucht" wird, weil schon nach der Urkundslage bei Darlehensvertragsunterzeichnung keine Vollmacht vorgelegen haben kann.

Dann weichen die Deutsche Bank und ihre Anwaelte auf diese frei erfundene Schutzbehauptung aus, in der Hoffnung, dass das eine oder andere Gericht das mitmacht (wie leider auch schon geschehen). Hier stammt der Treuhandvertrag mit Vollmacht vom 19.11.1991 (es handelte ein echter Mitternachtsnotar um 21:30 Uhr). Der Darlehensvertrag wurde von der Scheintreuhaenderin am 09.12.1991 und von Mitarbeitern der Beklagten "spaaetestens am 18.12.91" unterzeichnet (so das OLG). Die notarielle Ausfertigung des Treuhandvertrages wurde an die Beklagte aber erst mit Begleitschreiben vom 24.12. uebersandt, das bei der Beklagten spaetestens am 30.12.91 einging (so das OLG).

Danach geht das OLG ausfuehrlich auf die merkwuerdigen, offenkundig falschen Behauptungen der Deutschen Bank und des Zeugen Scheck ein - und schenkt ihnen keinen Glauben.

Die sehr schoenen Ausfuehrungen dazu zitiere ich nachfolgend auszugsweise:

"Die Erklaerungsversuche der Beklagten (und des Zeugen Scheck) fuer ihre Behauptung, dass der Zwischenfinanzierungsvertrag trotz dieser Urkundslage erst nach Eingang des Treuhandvertrages/Vollmacht erfolgt sei, sind nicht ueberzeugend. ...

Angesprochen auf das Zusatzblatt zu dem Zwischenfinanzierungsvertrag hat der Zeuge eingeraeumt, man koenne "meinen, dass tatsaechlich die Unterschrift unter dem Datum 18.12.1991 geleistet worden" sei. Zu dem konkreten Vorgang koenne er hier nichts sagen, weil er keine Erinnerung habe. Er koenne nur darueber spekulieren, dass moeglicherweise Frau Conzelmann am 18.12.1991 mit der Pruefung begonnen und das Datum schon mal vorab vermerkt, dann aber festgestellt habe, dass die Ausfertigung der notariellen Vollmacht noch fehle, und dann vergessen habe, das Datum zu korrigieren. Diese - der Aussage der Zeugin Conzelmann nicht entsprechende - "Spekulation" geht an den heute noch belegbaren Umstaenden vorbei. Frau Conzelmann hat bereits mit Schreiben an die Klaeger vom 11. und 18.12.1991 den Abschluss des Darlehensvertrages und die Bereitstellung des Darlehensbetrages bestaetigt. ...

Zu der Aussage des Zeugen Scheck ist weiterhin anzumerken, dass er nach eigenen Angaben nicht erklaren kann, warum in dem Schreiben der Beklagten vom 11.12.1991 von einem Darlehensantrag vom 9.12.1991 - der ja in Ubereinstimmung mit der Darlehensvertragsurkunde steht - die Rede ist. An diesem Tag gingen nach seinen Angaben die Bonitaetsunterlagen ein. Auch wurde, wie sich aus der Anlage ... ergibt, an diesem Tag der Fibeg-Gruppe per Fax (von der Deutschen Bank, Anm. des Unterzeichners) bestaetigt, dass die Pruefung der eingereichten Erstunterlagen ergeben habe, dass die Finanzierung in Ordnung sei. Nach der Vorstellung des Zeugen vom Arbeitsablauf soll dies aber nicht so gewesen sein koennen, weil der Zwischenfinanzierungsvertrag erst erstellt und per Post verschickt werden sollte, nachdem die Bonitaetsunterlagen geprueft und das die Finanzierung bestaetigende Fax versandt wurde. Selbst bei einer Erstellung und Versendung des Zwischenfinanzierungsvertrages am 9.12.1991 haette die Unterschrift seitens der Treuhaenderin nicht am selben Tag erfolgen koennen. Seiner Erklaerung, es koenne nur so gewesen sein, dass das Datum 9.12.1991. in dem Schreiben vermerkt worden sei, weil es das Datum gewesen sei, an dem die Bonitaetsunterlagen eingereicht worden seien, unterstellt ohne jeglichen Grund seiner frueheren Kollegin Conzelmann eine absurde Bearbeitungsweise. Es ist demgemaess davon auszugehen, dass der Zwischenfinanzierungsvertrag seitens der Beklagten vor Eingang der Ausfertigung der notariellen Vollmacht unterzeichnet wurde. Die Behauptung der Beklagten, die Zwischenfinanzierungsvertraege seien immer erst nach Eingang des Treuhandvertrages/ Vollmacht unterzeichnet worden, erweist sich zumindest fuer den vorliegenden Fall als nicht richtig. Dies ist auch ohne Weiteres erklaerlich, weil der Vorlage

einer notariellen Ausfertigung nach dem damaligen Stand der Rechtsprechung keine besondere Bedeutung zukam.

Der Zwischenfinanzierungsvertrag sollte mit der Unterschrift seitens der Bankmitarbeiter wirksam werden. Die immer wieder geäußerte Auffassung der Beklagten, er sei erst mit Zugang beim Darlehensnehmer (oder Absendung durch sie selbst) wirksam geworden, ist nicht überzeugend. Es ist davon auszugehen, dass die Kläger konkludent auf den Zugang der Annahmeerklärung verzichtet haben und dies der Verkehrssitte bei Verträgen dieser Art entspricht (mit zahlreichen weiteren Nachweise). Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass der Inhalt des Darlehensvertrages bereits in früheren Verhandlungen (ohne Mitwirkung der Kläger) festgelegt worden war (vgl. BGH WM 2004, 1381 ff). In Fällen der vorliegenden Art, in denen eine sehr grosse Anzahl von Wohnungen mit Hilfe eines Strukturvertriebs abgesetzt werden soll, bietet die Partnerbank regelmässig eine Finanzierung des Kaufpreises zu einheitlichen Konditionen an, die dem Interessierten bereits bei der Information über die Immobilie und das Bündel von abzuschliessenden Verträgen mitgeteilt wird. Die Bank behält sich nur die Prüfung der Unterlagen und der Bonität vor. In einem solchen "ausgehandelten" Fall liegt es aber nicht im - auch nicht im steuerlichen - Interesse der Vertragsparteien, die Wirksamkeit des Vertragsschlusses von der Schnelligkeit der Versendung (bei der Filiale in Albstadt erfolgte die Versendung nach Kenntnis des Senats häufig erst Wochen oder Monate nach Unterschrift) und des Transports durch die Post abhängig zu machen, zumal das Kapital regelmässig gebraucht wurde, refinanziert werden musste und sogar Teilauszahlungen bereits vor Unterschriftsleistung erfolgten."

Sodann äussert sich der Senat dazu, dass es auf den Zwischenfinanzierungsvertrag und nicht auf den Endfinanzierungsvertrag ankommt. Denn **aus dem Zwischenfinanzierungsvertrag wurden alle Auszahlungen an Dritte (nämlich an den Vertrieb, die Bank und sogenannte Funktionsträger, die sich allesamt selbst bedienen) geleistet**. Die Endfinanzierung wurde überhaupt nicht an Dritte ausgezahlt, sondern nur intern umgebucht, um das leer geräumte Zwischenfinanzierungskonto wieder aufzufüllen. Weiter weist der Senat die Einrede der Verjährung, welche die Beklagte erhob, zurück.

II. Urteil des OLG FaM v. 01.09.2010, Az. 23 U 178/09: Zahlung von Euro 27.761,99 an Darlehensnehmer

Der Tenor dieses Urteils lautet im Wesentlichen:

"Die Beklagte wird verurteilt, an die Kläger als Gesamtgläubiger 27.761,99 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 14.6.2007 zu zahlen.

Es wird festgestellt, dass die Kläger der Beklagten zu keinem Zeitpunkt aus dem Darlehensvertrag vom 9./11.12.1991 über 213.815 DM (Nr. 243/239863-01 = Zwischenfinanzierung) verpflichtet waren und sind."

Der Sachverhalt ist nahezu identisch mit demjenigen des oben zitierten Falls. Es geht um die gleiche Wohnanlage, denselben Vertrieb, dieselben nichtigen Treuhandvollmachten und dieselben falschen Zusicherungen. Ja sogar die Daten des Darlehensvertrages und des sogenannten Übersendungsschreibens mit dem die Vollmacht übersandt worden sein soll sind identisch. Auch hier stellt der Senat fest (Seite 8 vorletzter Absatz des Urteils):

"Im vorliegenden Fall ist der Senat unter Würdigung des Ergebnisses der Beweisaufnahme, der vorgelegten Dokumente und des Vorbringens der

Parteien zu der Überzeugung gekommen, dass der Zwischenfinanzierungsvertrag durch Unterschriften vom 9.12.1991 (Treuhänderin) und 11.12.1991 (Beklagte) zustande gekommen ist, wogegen die notarielle Ausfertigung des Treuhandvertrages der Beklagten zwischen dem 24.12.1991 und dem 30.12.1991 zugeing."

Der Senat argumentiert im Übrigen genauso wie im Parallellfall und schenkt den Ausführungen der Beklagten und des seit Jahren die Gerichte beluegenden Zeugen Scheck zur Frage des Datums des Darlehensvertragsschlusses auch hier keinen Glauben.

Insbesondere aeussert sich der Senat auch zu einer Entscheidung des Landgerichtes Berlin in einem parallel betriebenen Vollstreckungsgegenklageverfahren, welche bedauerlicherweise dem Luegenbold Scheck auf den Leim gegangen war. Das OLG Frankfurt stellt dazu fest, dass die Beweiswuerdigung des Landgerichtes Berlin den Senat nicht ueberzeuge.

III. Weitere Meldungen:

Lebensversicherer muessen Garantiezins 2011 senken

Die deutschen Lebensversicherer muessen frueher als erwartet auf den Einbruch der Renditen am Kapitalmarkt reagieren. Schon Mitte 2011 koennten die Versicherer gezwungen sein, den Garantiezins abzusenken. Allerdings sperren sie sich noch, den Satz auf ein neues Rekordtief zu senken - obwohl Experten dazu raten.
Handelsblatt »
Spiegel online vom 07.09.2010

Banken schummelten beim Stresstest

Frankfurter Bankentuerm: Stresstest mit wenig Aussagekraft
Der Stresstest war als Finanz-TÜV gedacht, um Bankenzusammenbrueche zu verhindern. Doch laut "Wall Street Journal" haben sich mehrere Institute den Untersuchungen systematisch entzogen - sie unterschlugen einfach riskante Anleihen. Nach Veroeffentlichung des Berichts fielen Bankaktien und Euro-Kurs.
New York - Nach Auswertung des Stresstests ging zunaechst ein Aufatmen durch die Branche: Die Zahl der Geldhaeuser, die als gefaehrdet einzustufen waren, fiel erheblich geringer aus als zunaechst befuerchtet.
Diese Entwarnung koennte sich als gefaehrlicher Irrtum erweisen, wie das "Wall Street Journal" schreibt. Die Stresstests legen naemlich nicht vollstaendig dar, wie sich die Banken in Staatsanleihen verschuldeter europaeischer Laender engagiert hatten. Etliche Banken haetten kein so umfassendes Bild vom Umfang der von ihnen gehaltenen Anleihen geliefert wie von den Behoerden behauptet.
Angaben ueber bestimmte Anleihen seien in Einzelfaellen einfach unter den Tisch gefallen, in anderen sei die Summe der gehaltenen Bonds um Short-Positionen bereinigt worden. Die Zeitung bezieht sich dabei auf Aussagen von Branchenvertretern und eigenen Angaben der Banken. Danach wiesen einige Institute wie etwa Barclays und Credit Agricole ein deutlich niedriges Engagement in Anleihen verschuldeter Staaten aus. Die neuen Studienergebnisse stellen ein wichtiges Ziel der Stresstests in Frage: Eigentlich sollten sie Bankern weltweit die Zuverlaessigkeit des europaeischen Finanzsystems demonstrieren und das Vertrauen der Anleger zurueckgewinnen. Vertreter mehrerer Banken gaben dem Bericht zufolge an, sie haetten sich lediglich an die Vorgaben des unabhaengigen Ausschusses der europaeischen Bankenaufseher CEBS gehalten. Eine Sprecherin des CEBS wollte im "WSJ" keine Stellung nehmen.
Der Bericht der Zeitung sorgte fuer Aufregung bei Boersenhaendlern: Bankenwerte gerieten unter Druck, Aktien der Deutschen Bank waren am Vormittag mit minus 1,7 Prozent der drittschwaechste Dax-Wert, Titel

der Commerzbank sackten um 1,5 Prozent ab. Die Papiere der Soci   Generale waren mit minus 3,2 Prozent schwächster Wert im EuroStoxx 50. Credit Agricole, BNP Paribas und Banco Santander gaben ebenfalls um mehr als zwei Prozent nach. Barclays fielen in London gar um 3,3 Prozent. Der Euro-Kurs gab um 0,5 Prozent nach.

Beim Stresstest mussten 91 Banken in Europa unter anderem offenlegen, wie viele Anleihen europäischer Staaten sie halten. Stichtag für die Zahlen war der 31. März. Zu der Zeit waren die Sorgen um das Engagement von Banken in Anleihen verschuldeter Staaten und die Zuverlässigkeit des europäischen Finanzsystems gross.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,708502,00.html>

Unicredit setzt auf Muammar al-Gaddafi

Der Besuch des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi hat in Italien vor kurzem hohe Wellen geschlagen. Sorgen macht Kritikern vor allem, dass **Libyen mit mehr als sieben Prozent an Italiens Banken-Ikone Unicredit beteiligt** ist. Jetzt wird diese heikle Bindung sogar noch enger: Unicredit-Chef Alessandro Profumo will Libyen als Markt für seine Bank erobern.
Handelsblatt »

Niedergang durch Groessenwahn

Mit Krediten von 520 Mill. Dollar hat sich die Hypo Real Estate im US-Skiort Snowmass Village in der Nähe von Aspen verzockt. Das Engagement könnte symptomatisch für das gesehen werden, was bei der inzwischen verstaatlichten Hypothekenbank schief gelaufen ist, sagen Experten. Hypo Real Estate sei in den USA bei den grössten und spektakulärsten Immobilienprojekten eingestiegen, weil sie so am leichtesten und schnellsten wachsen konnte, sagt Wolfgang Gerke, Pr  sident des Bayerischen Finanz-Zentrums. Ihr Groessenwahnsinn habe sie letztlich zu Fall gebracht.
Bloomberg »

Miese Stimmung in den USA

Michael Burda, Wirtschaftsprofessor an der Berliner Humboldt-Universität mit amerikanischem Pass, sieht ein Abgleiten der amerikanischen Wirtschaft in eine Rezession durchaus möglich. Der Ölpreis ist immer noch hoch, die Konsumenten seien vorsichtig, Barack Obamas Gesundheitsreform verunsichere die Wirtschaft. Die Stimmung sei sehr schlecht.
Zeit »

Warnung vor neuer Rezession in Europa

Joseph Stiglitz, Wirtschafts-Nobelpreisträger, sieht Europa erneut in eine Rezession schlittern. Wir steuern auf eine Misere nach japanischem Vorbild zu, in der das Wachstum für einen längeren Zeitraum schwach bleibt, so Stiglitz.
Cash »

Nummer 114 macht dicht

Neuer Eintrag auf der Liste der gekenterten US-Banken, die für 2010 jetzt 114 Positionen umfasst: Die US-Finanzaufsicht hat eine grosse Genossenschaftsbank in Chicago geschlossen. Die ShoreBank hatte 2,2 Mrd. Dollar an Assets in den Büchern. Das Institut war ins Schlingern

geraten, weil seine einkommensschwachen Kunden besonders hart von der Rezession getroffen wurden. Ein Konsortium grosser US-Finanzinstitute kauft einen Teil der Assets und will die Bank nach den gleichen Prinzipien unter neuem Namen (Urban Partnership Bank) fortfuehren. Neuer Chef wird Bank-One-Chef William Farrow.
Handelsblatt » Time » Reuters »

Chinas Inzucht-Bankenrettung

Die chinesischen Banken profitieren von dem beispiellosen Kreditboom und legen glaenzende Zahlen vor. Doch offenbar liefen Kapitalerhoeungen der Banken, die sie aufgrund der grossen Abschreibungswelle machen mussten, anders als im Westen ab. Die grossen staatlich kontrollierten Institute selbst kauften nach Informationen der Financial Times mehr als 80 Prozent der am Dienstag emittierten Bonds.
Handelsblatt » FTD »

Das Waterkant-Gate

Der Machtkampf im Topmanagement der HSH Nordbank waechst sich zu einer der grossten juristischen Schlachten der Wirtschaftsgeschichte aus. Eine Kanzlei soll nun die Spitzelvorfuerfe gegen die Spitze der Bank und ihren Chef Dirk Jens Nonnenmacher (Foto) pruefen. Nach FTD-Informationen gibt es mittlerweile auch im Topmanagement Zweifel, ob Vorstandschef Nonnenmacher wirklich geltend machen kann, von etwaigen Fehlern in der "Causa Roth" (Ex-Vorstand Frank Roth, der entlassen wurde) oder der Affaere in New York (moegliche zweite Spitzelaffaere) nichts gewusst zu haben. Doch auch der Staatsanwalt hat sich eingeschaltet. Der prueft, ob die HSH moeglicherweise unrichtige Angaben bei der Strafanzeige gemacht hat, die zu den inzwischen eingestellten Ermittlungen gegen Roth gefuehrt hat. Das Handelsblatt beschaeftigt sich auch mit der Rolle des Aufsichtsratschefs Hilmar Kopper: "Seinen Kritikern zufolge hat er selber keinen Überblick mehr ueber den Skandal". Die Welt meint: "Die Vorgaenge zeugen von einer Bank, die von Misstrauen durchsetzt ist."
Handelsblatt » Handelsblatt (Portraet von Kopper) » Welt » FTD »

Stoppt Stuttgart 21

wenn die Bahn endlich zu einer ueberzeugenden, klimafreundlichen Alternative zu Auto und Flugzeug werden soll, muessen bundesweit veraltete Zugstrecken ausgebaut und die haeufig marode Infrastruktur modernisiert werden. Doch Bundesregierung und Deutsche Bahn wollen die knapper werdenden Gelder lieber in ein Prestigeprojekt versenken: "Stuttgart 21".

Dabei ist das Vorhaben ohne jeden verkehrspolitischen Nutzen: Mit der Verlegung des Hauptbahnhofs unter die Erde wuerde die Anzahl der Gleise von sechzehn auf acht halbiert. Bestehende Engpaesse wuerden nicht behoben, sondern verschaeft. Und die prognostizierten Milliardenkosten werden staendig nach oben korrigiert.

Unterstuetzen Sie jetzt die kraftvolle Buergerbewegung gegen "Stuttgart 21" und verlangen Sie von Verkehrsminister Ramsauer, Ministerpraesident Mappus und Bahnchef Grube den Stopp des Milliardengrabs.

Unterzeichnen Sie unseren Appell!

<http://www.campact.de/bahn/sn3/signer>

Die Kostensteigerungen fuer "Stuttgart 21" entziehen der politischen Entscheidung fuer das Projekt jede Legitimitaet. Denn sie wurde auf einer voellig ueberholten Basis getroffen: Urspruenglich schaezte die Landesregierung die Gesamtkosten auf 4,5 Milliarden Euro - inklusive der Neubaustrecke nach Ulm. Mittlerweile fuerchtet das Umweltbundesamt Ausgaben von bis zu 11 Milliarden. Eine Modernisierung des bestehenden

Kopfbahnhofs wuerde nur einen Bruchteil kosten - und vor allem weit mehr Bahnverkehr ermoeeglichen.
Trotz des beeindruckenden und staendig wachsenden Protests der Stuttgarter/innen stellen die politisch Verantwortlichen auf stur.
Anfang der Woche scheiterte ein Runder Tisch, da Bahn und Landesregierung sich weigerten, wenigstens bis zum Gespraech die Abrissbagger ruhen zu lassen. Unterstuetzen Sie jetzt die Menschen vor Ort, die seit Jahren gegen das Projekt kaempfen. Verlangen Sie von den politisch Verantwortlichen, dass sie endlich handeln!
Fordern Sie den Baustopp fuer Stuttgart 21!

Soweit diese Meldungen.

Mit den besten Gruessen

Reiner Fuellmich

Impressum

Dieser Newsletter ist ein kostenloser Service der:

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Fuellmich & Associates
Senderstr.37
37077 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 209 120
Fax: +49 (0)551 209 12144
E-Mail: info@fuellmich.com
Internet: www.fuellmich.com

Haftungsausschluss und Vervielfaeltigung

Alle Beiträge dieses Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Der Newsletter darf nur weiterversendet oder in Online-Medien und Internet-Angeboten bereitgestellt werden, wenn dies komplett und ohne Aenderungen geschieht. Weiterhin ist die Kanzlei Dr. Fuellmich & Associates nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die ueber einen Link erreicht werden. Diese Erklärung gilt für alle in diesem Newsletter befindlichen Links, die nicht auf die Internetseiten der Kanzlei zeigen.

----- ENDE TEXT -----

Besten Dank, Herr Dr. Fuellmich! (Hervorhebungen von mir)

Freundliche Grüße
L.B. Werner
(Vors. des SVD)

SVD e.V.
Spessarttring 47

63110 Rodgau

T. 06106 / 258830
F. 06106 / 258831

www.s-vd.de, svdmail@s-vd.de

- eingetragen im Vereinsregister Offenbach am Main unter VR 4679 -

- USt-IdNr.: DE208931045 -

- Vorsorglich wird für alle innerhalb dieser Mail angegebenen verlinkten Seiten explizit erklärt, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte dieser Seiten hatten. Deshalb distanzieren wir uns ausdrücklich von den Inhalten aller verlinkten Seiten, für deren Inhalt und Richtigkeit wir keine Gewähr übernehmen. -